

Die Linke Fraktion im Regionalverband Saarbrücken
Schlossplatz 11, 66111 Saarbrücken

Dr. Carolin Lehberger
Regionalverbandsdirektorin
Schlossplatz 11

66119 Saarbrücken

**Die Linke Fraktion im
Regionalverband Saarbrücken**
Der Vorsitzende
Jürgen Trenz

Schlossplatz 11
66111 Saarbrücken

Telefon: (681) 506-8900
info@dielinke-regionalverband.de
www.dielinke-regionalverband.de

Saarbrücken, 11. August 2026

Antrag

Erstellung eines jährlichen Konnexitätsberichtes zur transparenten Darstellung der Finanzierung aller kommunalen Pflichtaufgaben

Sehr geehrte Frau Regionalverbandsdirektorin,

die Linksfraktion stellt nachfolgenden Antrag zur nächsten Sitzung der Regionalversammlung am 27. August 2026 sowie zur vorbereitenden Sitzung am 20. August im Regionalverbandsausschuss.

Beschlussvorschlag:

A Die Regionalversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines jährlichen schriftlichen Konnexitätsberichtes zur transparenten Darstellung der Finanzierung aller kommunalen Pflichtaufgaben des Regionalverbandes. Der Konnexitätsbericht wird der Regionalversammlung im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt.

B Die Regionalversammlung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob ggfls. auch unter Beteiligung des Saarländischen Landkreistages eine Klage beim Verfassungsgerichtshof des Saarlandes Aussicht auf Erfolg hätte, wenn sie der Meinung ist, dass ihre Selbstverwaltung verletzt ist aufgrund der Übertragung neuer Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung oder ob Eingriffe in die kommunale Finanzhoheit zu verzeichnen sind u.ä.m.

Begründung:

Jährlich beklagen sich Kommunen im Regionalverband (sowie im gesamten Saarland) in schöner Regelmäßigkeit über die unzureichende Finanzausstattung und Haushaltsdefizite. Gespart wird daher vor allem bei freiwilligen Leistungen wie Kulturförderung, Vereine, Stadtfeste, Sportförderung usw. und bei Investitionen mit dem Ergebnis eines Investitionsstaus. Eine der Ursachen für Haushaltsdefizite der Kommunen im Regionalverband ist die jährlich steigende Regionalverbandsumlage.

Der Haushaltsplan 2026 des Regionalverbandes weist indessen strukturelle Defizite aus, die maßgeblich auf nicht auskömmlich finanzierte Pflichtaufgaben von Bund und Land zurückzuführen sind. Eine systematische und transparente Darstellung dieser Finanzierungslücken erfolgt bislang nicht.

Der Haushalt 2026 hat einen Umfang von ca. 760 Mio.€ auf der Ausgabenseite. Davon fließen ca. 420 Mio.€ in die soziale Sicherung (55%) und ca. 130 Mio. sind Personalaufwendungen inkl. Versorgungsaufwendungen (17%), die größtenteils gebraucht werden, um die Aufgaben der sozialen Sicherung zu verwalten bzw. die Mittel an die berechtigten Bürger auszuzahlen.

Um den Haushalt zu finanzieren, haben wir neben Zahlungen des Bundes und des Landes als Hauptfinanzierungsquelle die Regionalverbandsumlage von ca. 370 Mio. Euro (49% der Gesamtausgaben oder 64% der umlagefähigen Ausgaben).

Bei den Kosten der Unterkunft in Höhe von ca. 133-137 Mio. Euro jährlich handelt es sich beispielsweise um gesetzliche Festlegung im SGB II, aber der Bund beteiligt sich nur teilweise an der Finanzierung, den Rest muss der Regionalverband stemmen.

Auch im Bereich der Jugendhilfe gibt es Kostensteigerungen durch mehr Fälle, höhere Standards und steigende Personalkosten. Der Bildungsbereich entstehen Kosten für Gebäude, Sanierungen, Digitalisierung und Schulsozialarbeit. Bildung ist jedoch Landespolitik, die Gebäude zahlen aber die Kommunen. Medienausleihe, Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz und Nachmittagsbetreuung – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Der Regionalverband und damit auch die Kommunen finanzieren Bundesgesetze, sie entscheiden nicht über Leistungen, aber sie bezahlen sie.

Die Kette sieht grob so aus:

Bund beschließt Leistungen

↓

Regionalverband muss zahlen

↓

Umlage steigt

↓

Gemeinden müssen sparen

↓

Folge: Vereine verlieren Förderungen, Straßen verfallen usw.

Die Einführung eines jährlichen Konnexitätsberichts ist erforderlich, um die tatsächlichen Kosten kommunaler Pflichtaufgaben den erhaltenen Zuweisungen von Bund und Land gegenüberzustellen (incl. Personalkosten) und bestehende Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip sichtbar zu machen.

Dies ist Voraussetzung für eine sachgerechte Haushaltsbewertung und eine verfassungsrechtlich gebotene Interessenvertretung des Regionalverbandes.

B. Huonker

Birgit Huonker
(Stellv. Fraktionsvorsitzende)